

Bischof Abromeit sieht Überidentifikation der Deutschen mit dem Staat Israel

Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit. *Idea* 2.8.2019

Bad Blankenburg (idea) – Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald), hat dazu aufgerufen, im Israel-Palästina-Konflikt nicht nur die israelische Sichtweise wahrzunehmen. Er habe den Eindruck, dass etwa die palästinensischen Sicherheitsinteressen in den Diskussionen in Deutschland oft nicht richtig beachtet würden, sagte er am 1. August auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Er hielt ein Seminar zum Thema „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“. Laut Abromeit resultiert aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen infolge des Holocausts eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es werde bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat. Das führe aber zu einer Vermischung der theologischen und der politischen Ebene. Ferner werde das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels von deutschen Repräsentanten zur Staatsraison erklärt, so Abromeit. Da sich der israelische Staat als jüdischer Staat verstehe, folge daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen. Aussage „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ war eine Lüge. Ferner äußerte sich Abromeit zum Zionismus. Bei der von Theodor Herzl (1860-1904) in seinem Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ entwickelten Idee handle es sich um die jüdische Form des im 19. Jahrhundert zunehmenden Nationalismus. Herzl habe nicht religiös argumentiert und von vornherein homogene Siedlungsgebiete vor Augen gehabt. Der politische Zionismus knüpfe nicht an die Linie der alttestamentlichen Propheten an, so Abromeit. Diese hätten immer deutlich gemacht, dass Juden nie alleine im verheißenen Land gelebt hätten. Er halte es, so der Bischof, für einen Geburtsfehler des Zionismus, dass er diese biblische Linie nicht aufgegriffen, sondern stattdessen behauptet habe, das jüdische Gemeinwesen könne in einer ungenutzten Landschaft aufgebaut werden. Die Aussage „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ habe von Anfang an nicht gestimmt, sondern sei eine Lüge. So hätten auf dem Gebiet des heutigen Israels und der Palästinensergebiete 1852 17.000 Juden und 500.000 Araber gelebt. Die jüdische Bevölkerung habe somit vor 170 Jahren schätzungsweise nur 3,5 Prozent der Bevölkerung ausgemacht, sagte Abromeit. Bis zur Gründung des Staates Israel im Jahr 1949 sei sie durch mehrere Einwanderungswellen und die Shoah auf 650.000 angewachsen. Mit Waffengewalt wird kein Frieden einkehren. Seit der Ermordung des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin (1922–1995) kurz nach der Unterzeichnung des Osloer Friedensabkommens (1993) habe sich die Situation permanent verschlechtert. Der Nahostkonflikt zeige, dass mit Waffengewalt kein Frieden einkehren werde. Die Zwei-Staaten-Lösung halte er für realpolitisch faktisch ausgeschlossen. Sie werde von allen westlichen Regierungen und offiziell auch vom Staat Israel hochgehalten, obwohl alle wüssten, dass sie nicht mehr machbar sei. Dafür müsste, so Abromeit, die heutige israelische Regierung etwa eine Million jüdischer Bürger umsiedeln, die in den „besetzten Gebieten“ wohnten. Er glaube, dass man den Mut haben müsse, über eine Ein-Staaten-Lösung nachzudenken. Da bestünden aber auch auf israelischer Seite Ängste. Denn wenn alle in einem Land lebten, werde die Zahl der Palästinenser in absehbarer Zeit größer sein als die der Israelis. Man könne nicht, „wenn man ein demokratischer Staat sein will“, auf der einen Seite durch die Siedlungspolitik Fakten schaffen und gleichzeitig dauerhaft den Menschen im Westjordanland unterschiedliche Rechte zugestehen. So dürften dort lebende Juden im Gegensatz zu den dort lebenden Palästinensern wählen. Was für die Politik des Staates Israel nicht gilt. Er frage sich, mit welcher Hoffnung Christen lebten: „Leben wir eher mit einer Hoffnung, dass doch durch kriegerische Auseinandersetzung der Friede herbeigeführt wird oder

trauen wir dem Wort Jesu, dass dem Gewaltlosen am Ende das Land gehört, mehr zu?“ Natürlich müsse man solche biblischen Hoffnungen in Politik umdenken. Das führe über die biblische Vision hinaus und sei unglaublich kompliziert, so der Bischof. An der Frage, wie man bei dem Konflikt die Gemengelage aus Schuld, Verantwortung und Verpflichtung zwei Völkern gegenüber berücksichtigen kann, könne man eigentlich nur scheitern. In Israel finde zudem eine religiöse Aufladung des Handelns statt. Während sonst weltweit versucht werde, zwischen der Sphäre der Politik und der Religion zu unterscheiden, gelte das für die Politik des Staates Israel, etwa in der Siedlungspolitik, nicht. Christen sollten sich die neutestamentlichen Aussagen verdeutlichen, denen zufolge die religiöse Bindung eines Volkes an ein bestimmtes Land aufgelöst werde. Abromeit bezog dies auf Johannes 4, wo Jesus auf die Frage einer samaritanischen Frau, warum die Juden Gott in Jerusalem anbeteten, antwortet, dass Gott Geist sei und im Geist und in der Wahrheit angebetet werden müsse: „Die direkte Anbindung an einen geografischen Ort wird von Jesus gelockert, sogar aufgelöst.“ Das Gebet in Jerusalem zähle demzufolge nicht mehr als das an anderen Orten. Die Allianzkonferenz findet mit rund 1.700 Teilnehmern bis zum 4. August unter dem Thema „Hoch und Heilig“ statt. Im Mittelpunkt steht der Hebräerbrief.

Anmerkung der Redaktion: Die idea-Meldung über das Seminar von Bischof Abromeit hat in Medien und sozialen Netzwerken vielfach Beachtung gefunden. idea hatte die Meldung vorab an Bischof Abromeit zur Durchsicht geschickt. Er hatte außer zwei Präzisierungen keine Änderungen.